Deutschland über alles!

Gustav Stresemann
über das alte und neue Deutschland.

Nach der in Osnabrück in den Sälen der Stadthalle am Dienstag, 19. Dezember 1918 in einer von der Deutschen Volkspartei veranstalteten Versammlung gehaltenen Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann. — Nach dem in der Osnabrücker Zeitung (Verlag J. G. Kisling, gegr. 1707) erschienenen Bericht.

Wir sind gegenwärtig ein Volk in Not. Wir stehen vor einem schweren Niederbruch all unserer Hoffnungen und Erwartungen, ich darf sagen, aller unserer Hoffnungen und Erwartungen, denn selbst diejenigen, die dem Kriegsausgang skeptisch gegenüberstanden, haben niemals erwartet, daß ein derartiger Waffenstillstand, daß derartige Friedensbedingungen, wie sie uns voraussichtlich auferlegt werden dürften, uns jemals beschieden sein könnten. Aber wir dürfen über dem, was uns bedrückt, nicht vergessen, den Blick in die Zukunft zu richten und am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, und da gibt es zwei Wege, wie man einen solchen Aufbau vornehmen kann.

Die Einen stellen sich auf den Standpunkt: Was vergangen ist, kehrt nicht wieder, das sog. alte System war vollkommen morsch und faul und ist zusammengebrochen an seinen eigenen Sünden. Wir wollen ein neues Deutschland aufbauen nach ganz neuen Grundsätzen, wir brauchen keine Fundamente der Vergangenheit dazu, sondern wenn es wohnlich sein soll für das deutsche Volk, dann muß das neue Deutschland von neuen Baumeistern gebaut werden auf neuem Grund, mit neuem Material. Die Andern sagen: Die Lehren der Vergangenheit sind dazu da, damit man aus ihnen lernen soll, um aus der Erkenntnis dessen, was die Geschichte uns lehrt, Lehren zu gewinnen für die Zukunft. Niemals hat sich der Uebergang eines Volkes von einer Regierungsform in die andere so vollzogen, daß zwischen Vergangenheit und Gegenwart keine Brücke mehr bestand. Laßt uns hinweg tun, was sich nicht bewährt hat, aber laßt uns hinüber nehmen in die Zukunft, was bestehen geblieben ist in seiner Wertung für unser Volksleben, für unsere Wirtschaft.

Um Ihnen über meine Stellungnahme keinen Zweifel zu lassen, bekenne ich zunächst, daß ich durchaus zu den Anhängern dieser zweiten Anschauung gehöre, daß ich der Meinung bin, daß wir uns nun nicht bei all dem rasenden Tempo der Entwicklung der Verhältnisse, das wir durchmachen, von den Sensationen der Gegenwart dahin treiben lassen dürfen, alles, was in der Vergangenheit da gewesen ist, restlos als nicht mehr bestehend anzusehen und nicht anzuerkennen, daß neben manchem, das nicht mehr des Bestehens wert war, auch manches Bewährte und Gute hinweggeschwemmt worden ist von der Flut der Revolution.

Lassen Sie uns deshalb von diesem Standpunkt aus, ehe wir Gegenwart und Zukunft erörtern, einen Blick auf die Vergangenheit werfen. Ich ergreife dazu um so lieber die Gelegenheit, weil doch eine Legendenbildung bei uns eingesetzt hat, die manches in einem falschen Lichte zeigt, und weil diejenigen, die in den Parteien führend diese letzte Zeit erlebt haben, manches mit anderen Augen anschauen, als der Betrachter im Lande. Ich habe gelesen und als Vorwurf gehört, daß ich der politische Exponent der Politik Ludendorffs gewesen sei, der Politik, die zusammengebrochen sei.

Ich darf dabei eins sagen: Die Zeiten, die wir durchleben, haben manche seltsame Charaktererscheinungen gezeitigt. Manche Leute die vordem stolz waren auf ihre Hoflieferantenwappen, die waren die ersten, die es mit rotem Tuch umhüllten, manche, die Byzantiner waren in der Zeit des Kaisertums, sind sehr schnell zu Byzantinern des republikanischen Gedankens geworden, als er das Kaisertum verdrängt hatte, manche, die zu denen aufsahen, die Führer unseres Volkes waren, als es noch auf der Höhe der Macht stand, werfen nun Steine auf sie, nachdem sie ihre frühere Macht nicht mehr besitzen. Es ist für mich kein erfreuliches Zeichen, daß jetzt so viele Denkschriften von Staatsmännern erscheinen, die alle zu beweisen versuchen, daß sie es nicht gewesen seien, die irgend schuld seien an dem Zusammenbruch, und die ihre Anklagen gegen einen Mann richten, der bisher darauf verzichtet hat, zu antworten. Ich darf mich gegenüber der Einseitigkeit, mit der hier Vorwürfe auf einen Mann, der das Hirn unserer Heerführung gewesen ist, geschleudert werden, auf ein objektives Urteil beziehen, das in einer sozialdemokratischen Zeitung, in der „Glocke" gestanden hat. Ein Sozialdemokrat hat an dieser Stelle vor wenigen Wochen gesagt: ob wirklich die Welt und die Geschichtsschreibung einstmals Ludendorff verdammen oder ob sie ihm den ewig grünen Lorbeerzweig eines der hervorragendsten Feldherrn der Weltgeschichte um die Stirn winden wird, das wollen wir heute nicht entscheiden, sondern das wollen wir der Geschichtsschreibung der Zukunft überlassen. — Denn eines wird so vielfach jetzt ganz falsch dargestellt, es wird so dargestellt, als habe dieser Feldherr kein Augenmaß gehabt für das Erreichbare, als sei er in

blindem Siegesvertrauen immer vorwärts gegangen, bis er plötzlich vor dem Abgrund gestanden sei. Die das sagen, wissen vielleicht das eine nicht, daß es Ludendorff war, der *vor der Frühjahrs-Offensive* der Regierung nach der Reichshauptstadt schrieb, er brauche mehr Truppen, er müsse dringend ersuchen, die Altersgrenze hinaufzusetzen, er müsse dringend ersuchen, mit dem Reklamiertenwesen in der Heimat aufzuräumen, er lehne die Verantwortung ab, wenn diese Forderungen nicht erfüllt würden.

Trotz dieser seiner Mahnung hat man *nicht gewagt*, diese Schritte zu tun. Als die Frühjahrs-Offensive trotzdem mit dem glänzenden Siege unserer Truppen endete, als wir vor Compiegne standen, als unsere Kanonen Paris bedrohten, da hat derselbe Ludendorff der Regierung und den Parteiführern gesagt: Wir haben glänzend gesiegt, aber ob wir noch einmal siegen werden, wenn es sich erneut um die Entscheidung des Weltkriegs handelt, das vermag ich nicht zu garantieren. Jetzt sind wir auf der Höhe unserer militärischen Erfolge. *Schließt Frieden*, wenn Ihr könnt. (Hört, hört.)

Damals habe ich, dem man vorwirft, daß ich unerreichbare Kriegsziele aufgestellt hätte, in einer Rede am 26. Juni 1918, also auf der Höhe unserer militärischen Erfolge stehend, im Namen der *nationalliberalen Reichstagsfraktion* in scharfer Abgrenzung gegenüber dem Grafen Westarp erklärt: Meine politischen Freunde halten den Krieg nicht für verloren, *wenn dieses oder jenes Kriegsziel nicht erreicht* wird, sondern wir sind bereit, die Verantwortung für *den Frieden* auf uns zu nehmen, wenn er geschlossen werden kann, und wir werden die Oberste Heeresleitung und die Regierung *unterstützen* in dem Bestreben, zum Frieden zu kommen.

Damals hat die „Frankfurter Zeitung", die mich jetzt so heftig angreift, gesagt, es sei doch bedeutsam, daß der Führer der Nationalliberalen angesichts dieser militärischen Kriegslage auf Kriegsziele verzichte und zum Frieden mahne. Die Zeitung hat hinzugefügt: Bei den Beziehungen Dr. Stresemanns zur Obersten Heeresleitung dürfen wir wohl annehmen, daß er diese Rede nicht gehalten hätte, wenn er sich nicht in *Uebereinstimmung* mit der Obersten Heeresleitung befände. Ich möchte das deshalb anführen, weil man, glaube ich, in der Oeffentlichkeit Zweierlei mit einander verwechselt, nämlich einmal Reden, in denen der Siegesgedanke hervorleuchtet und Reden, in denen Kriegsziele aufgestellt werden. Von Kriegszielen hinsichtlich des Westens, die wir uns gewünscht hätten, wenn sie möglich gewesen wären, sind wir abgerückt in einem Augenblick, in dem wir militärisch so glänzend standen wie nie, in dem Rußland niedergeworfen war und Paris vor Deutschland zitterte, weil wir das, was erreicht worden war, nicht aufs Spiel setzen wollten, gegenüber dem, was verloren gehen könnte. Aber, etwas anderes ist es, ob man den Siegesgedanken als solchen *nach außen* hin zum Ausdruck bringt. In derselben Rede, in der ich die Regierung zum Frieden gemahnt habe, in unmißverständlichen Worten, habe ich der festen Ueberzeugung vom deutschen Siege Ausdruck gegeben gegenüber dem Staatssekretär v. *Kühlmann*, der diesen Sieg bezweifelte. Denn (Zuruf: Aha) — Gewiß. Denn ich halte es für unmöglich, einem Heere vor der entscheidenden Schlacht zu sagen, daß es nicht siegen könne. Es war eine vollkommene Unmöglichkeit, ein Heer zu führen und es zum Siege zu bringen, wenn ihm vorher gesagt wurde, daß der Sieg unmöglich sei. Das hat noch niemals irgend ein Feldherr getan, das hätte ja den vollkommenen Niederbruch der Stimmung bedeuten müssen, ehe überhaupt die Entscheidung gefallen war. Wie denken Sie sich denn die Stimmung eines Heeres, dem man vor der entscheidenden Schlacht sagt, ihr werdet bluten, ihr werdet sterben, aber siegen könnt ihr nicht? Damals war es ja gerade die Oberste Heeresleitung, die uns auch im Hauptausschuß sagen ließ, das der Zweifel an der Siegesmöglichkeit zu einem furchtbaren Stimmungs-Niederbruch im deutschen Heere führe und daß sie die größten Bedenken hinsichtlich der Wirkungen habe, die von Reden ausgingen, in denen der Zweifel an der Siegesmöglichkeit ausgesprochen werde. Vergleichen Sie doch hier einmal die *Taktik unserer Gegner* mit unserer eigenen.

Damals stand es um Frankreich außerordentlich schlecht, und trotzdem ging Clemenceau in die Kammer und sagte den Abgeordneten: Es steht glänzend! Derselbe Clemenceau, der das m. E. richtige Wort gesprochen hat: In diesem Weltkriege, in dem ganze Völker mit einander ringen, nicht nur die Heere, da wird dasjenige Volk den Sieg davontragen, das eine Viertel Stunde länger als das andere an seinen Sieg *glaubt*!

Wir haben inzwischen ja aber über die Möglichkeiten, unter denen wir zum Frieden gelangen konnten, ein klassisches Zeugnis erhalten in den Darlegungen, die der frühere österreichische Ministerpräsident, Graf *Czernin*, kürzlich gemacht hat, und die leider von der deutschen Presse nur stückweise wiedergegeben worden sind. Graf Czernin, der am Siege verzweifelte, der aber trotzdem niemals öffentlich seinen Zweifel zum Ausdruck gebracht hat, erklärte in einer Rede, die in der „Neuen Freien Presse" im Wortlaut jedem zugänglich ist: Ich habe mich bemüht, den Frieden zu erreichen und wollte ihn erreichen auf der Grundlage des vorkriegerischen Be-

sitzstandes Deutschlands, d. h. ich wollte den Verständigungsfrieden erreichen ohne Gebietsabtretung. Das ist mir nicht gelungen. Man war zwar bereit, Oesterreich-Ungarn einen Sonderfrieden zu gewähren. Aber man erklärte in der Entente, daß es gegenüber Deutschland nur das eine gäbe: Deutschlands Vernichtung. Und da wir, so fuhr Czernin fort, gezwungen waren, nach dem Bündnisvertrage für Deutschlands Besitzstand einzutreten, habe ich meinem Kaiser gesagt: Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder an Deutschlands Seite zu kämpfen bis zum letzten Augenblick, getreu unserer Bündnispflicht, selbst wenn wir dabei untergehen, oder treulos zu werden und den Bündnisvertrag zu brechen. Das Zweite, erklärte ich, habe ich für meine Person abgelehnt. Ich hatte versucht, Deutschland zum Frieden zu bewegen, wenn es damals möglich gewesen wäre, den Frieden zu erreichen auf der Basis des vorkriegerischen Besitzstandes. Aber es war unmöglich, weil die Entente nur eins im Sinne hatte, Deutschland unter allen Umständen zu vernichten. Das zeigte sich deutlich ja in der Aufnahme, die unser Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 gefunden hat, zeigte sich ja auch deutlich in dem Ausbleiben eines Echos auf die Friedens-Entschließung des Reichstags vom Juli 1917.

Die Kernfrage war, ob überhaupt ein Verständigungsfriede, von dem viele dachten, daß er uns vor dem jetzigen Niederbruch bewahrt haben würde, zu erreichen gewesen war. Diese Frage wird von dem ganz pazifistisch gerichteten Grafen Czernin mit einem glatten Nein beantwortet. In jeder Phase der Vrehandlungen hätten die Gegner keinen anderen Gedanken gehabt als den, Deutschland zu vernichten.

Gegenüber einem solchen Vernichtungswillen aber gibt es nur eins, zu kämpfen bis zum Letzten, um diese Vernichtung abzuwehren. Und wenn ich fortfahren darf, inbezug auf das, was dann zu dem Waffenstillstands-Angebot geführt hat, auf das, was man hingestellt hat, als den seelischen Zusammenbruch Ludendorffs, der plötzlich an allem verzweifelt sei, so darf ich darauf hinweisen, daß Ludendorff im August 1918 erneut zum Frieden geraten hat, daß am 23. August die Parteiführer bei Herrn von Hintze waren, der uns damals erklärte, er würde alle Fäden anknüpfen, um zum Frieden zu gelangen, daß aber alle Bemühungen, zum Frieden zu kommen, vergeblich gewesen sind, wie vorher. Dann kam der Oktober, als die Oberste Heeresleitung den Wunsch nach Einleitung von Waffenstillstands-Verhandlungen aussprach. Sie hat das nicht damit begründet, wie in der Oeffentlichkeit vielfach gesagt wird, daß die Front keine Stunde mehr hielte. Dieser Ausspruch ist später von einem politischen Minister getan worden. In dem uns vorgelegten Exposé der Obersten Heeresleitung war gesagt, unsere Verluste seien so groß, daß die Oberste Heeresleitung angesichts der Unmöglichkeit, anders, als sich rückwärts konzentrierend zu kämpfen, die Verantwortung für diese Verluste nicht mehr übernehmen wolle und aus diesem Grunde den Waffenstillstand empfehle. Dabei brachte sie aber gleichzeitig zum Ausdruck, sie könne an sich den Kampf weiterführen bis ins nächste Frühjahr und kämpfend langsam an den Rhein zurückgehen, und sie hoffe, daß, wenn uns unerträgliche Waffenstillstands-Bedingungen gestellt würden, das deutsche Volk dann aufflammen und den letzten Kampf mit der alten Begeisterung aufnehmen würde.

Wir haben dann gesehen, daß diese letzte Hoffnung trog, zu tief war bei uns bereits der Niederbruch der Stimmung gegangen. Daraus entsprang die Annahme von Waffenstillstadns-Bedingungen, an die die Oberste Heeresleitung damals nicht gedacht hat. Es kam allerdings hinzu die mangelnde diplomatische Vorbereitung des Schrittes des Waffenstillstandes und daß sofort das Wort von der Front, die nur noch Stunden hielte, durch die Lande ging, daß daraufhin unsere Bundesgenossen restlos zusammenbrachen, da auch zu ihnen die Darstellung übergriff, daß Deutschland militärisch nicht mehr weiter könne, Deutschland, das doch der Kern des ganzen Bundes der Mittelmächte war, und das sie alle als den Hort ihrer Rettung, ihrer nationalen Sache ansahen, an den sie sich anklammerten. Der Weg, den wir von da ab gegangen sind, dieser Weg des Schmerzes und der Demütigung ist ja noch gar nicht ausgeschöpft bis zu Ende.

Leicht ist es, den Stein auf diejenigen zu werfen, die den Glauben an den deutschen Sieg gehabt haben. Aber wenn man das will, dann soll man doch auch so ehrlich sein, zuzugestehen, daß dieser Glaube an den deutschen Sieg Gemeingut gewesen ist der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes, und daß, wenn dieser Glaube an den Sieg ein Verbrechen gewesen ist, Millionen der Besten des deutschen Volkes dieses Verbrechens sich schuldig gemacht haben. (Sehr richtig.) Und wenn diejenigen Illusionisten gescholten werden, die auch der festen Ueberzeugung waren, daß, wenn der letzte Kampf noch einmal gewagt worden wäre, der Sieg sich an unsere Fahnen geheftet hätte, dann sind Illusionisten doch auch diejenigen samt und sonders gewesen,

die uns gesagt haben, wir brauchten nur die Hand auszustrecken zur Verständigung, um sofort als gleichberechtigtes Glied in den großen Völkerbund aufgenommen zu werden. Es sei der Wille unserer Feinde, einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit mit uns zu schließen. Wo ist dieser Friede des Rechts und der Gerechtigkeit? Wir stehen vor dem furchtbarsten Gewaltfrieden, dem jemals ein Volk unterworfen worden ist. Und auch der Präsident der Vereinigten Staaten, auf den so viele ihre ganze Hoffnung gesetzt haben, hat ja erst vor kurzem erklärt, Deutschland müsse erst jahrelang Buße tun, ehe es verlangen könne, als gleichbeerchtigtes Volk neben anderen angesehen zu werden.

Wenn es möglich war, daß eine derartige Stimmung in der Welt uns gegenübersteht, so sind wir allerdings daran selbst nicht unschuldig. Denn wir erleben ja bis in die Gegenwart, daß wir fortgesetzt und mit Vorliebe den Dolch gegen die eigene Brust richten, daß wir uns in Selbstanklagen gegen das deutsche Volk erschöpfen und unseren Gegnern das Material liefern, mit dem sie unsere Schuld vor der Welt konstruieren.

Was soll das bedeuten, wenn der jetzige bayrische Ministerpräsident kürzlich Aktenstücke veröffentlichte, mit denen er den Nachweis führen will, daß Deutschland diesen Weltkrieg vorbereitet habe, daß es Oesterreich in den Kampf gegen Serbien hineingestoßen habe. Es ist doch eine etwas allzu naive Auffassung, anzunehmen, daß dieser Weltkrieg entstanden sei in der Zeit vom 1. Juli bis 30. Juli 1914. Man darf doch den äußeren Anlaß niemals mit der inneren Ursache verwechseln. Die innere Ursache dieses Weltkriegs war doch der Weltbund gegen Deutschland, der sich gegen Deutschlands wirtschaftlichen Aufstieg richtete, das war das Verhalten Englands, daß das Erstarken der alten haßerfüllten Revancheideen Frankreichs mit sich brachte, das war der russische Drang nach Konstantinopel, der in dem Bündnis Rußlands mit Frankreichs, in dem Bündnis der russischen Revolution mit der zaristischen Autokratie zum Ausdruck kam. Warum sprechen wir nicht davon, daß, wie die Akten der russischen Revolution gezeigt haben, sibirische Truppen längst auf dem Wege nach Deutschland waren, ehe noch der Mord an dem Erzherzog in Serajewo geschehen war. Weshalb sprechen wir nicht davon, daß Frankreich Rußland eine Anleihe von 100 Millionen gegeben hat zu dem Zweck, strategische Bahnen nach Ostpreußen zu bauen, und daß andererseits Frankreich die Gegenleistung übernommen hatte, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen. Wenn wir den Krieg gewollt hätten, dann würden wir, das Volk der Organisation, ihn wohl besser organisiert haben. Dann würden wir nicht im Juli 1914 noch Hunderttausende von Doppelzentnern Getreide ins Ausland geschickt haben, dann würden unsere Vorräte an Chilisalpeter nicht so klein gewesen sein, daß wir ohne die inzwischen gemachten großen Entdeckungen der Chemie in unserer Munition zusammengebrochen wären. Dann hätten wir wohl nicht so viele unserer größten und schönsten Schiffe im Hafen von Newyork liegen gehabt.

Nach meiner Meinung hätten die Regierung und alle diejenigen, die es gut meinen mit Deutschland, jetzt die eine Pflicht, für ihr Vaterland einzutreten gegen die Beschuldigungen der Entente, anstatt unseren Feinden selber das Material zu liefern, mit dem sie uns als schuldig am Weltkrieg hinstellen können. Denn wenn die furchtbaren Friedensbedingungen, die man uns bieten wird, damit begründet werden, daß wir ja schuldig am Weltkriege wären, dann schaffen wir uns doch selber diese Bedingungen, wenn unsere Ministerpräsidenten jetzt derartiges Material veröffentlichen, wie es der Herr Kurt Eisner in München tat. Wir zerfleischen uns selbst vor der Welt in dem, was wir deutsche Objektivität nennen. Wir sind nach wie vor diejenigen, die, niederkniend vor dem Ausland nur dessen Größe sehen, des eigenen Volkes nicht achten, und damit unser Schicksal selber erschweren. Deshalb müssen wir bei dem Wiederaufbau unseres Volkes und unseres Reiches uns davor schützen, nun lediglich unsere Hoffnung auf den Geist kosmopolitischer Auffassungen zu setzen, der heute in Deutschland umgeht, und der ja dann berechtigt wäre, wenn er ein Echo bei den anderen fände.

Ich darf mit einem Wort zurückkommen auf das, was gegen die frühere Nationalliberale Partei und ihre Führung inbezug auf die Kriegsziele gesagt wird. Wenn man darauf hinweist, daß man sich in dem Erreichbaren geirrt habe, so ist das richtig, aber dann möge man doch einmal sagen, welche Partei in diesem weltgeschichtlichen Erleben sich nicht geirrt hätte. Ich habe doch die Erklärung mit gemacht, die der Abgeordnete Spahn für sämtliche Parteien und auch für die Fortschrittliche Volkspartei abgegeben hat, in der erklärt wurde, Belgien müsse militärisch, wirtschaftlich und politisch fest in unserer Hand bleiben. Herr Erzberger sagte: Belgien geben wir nicht wieder heraus, denn das ist unser festes Bollwerk gegenüber England. Der Friede von Brest-Litowsk, der als Gewaltfriede hingestellt wird, der uns die alten deutschen Ostseeprovinzen bringen sollte, hat ja die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien gefunden. Wie kommen denn die Herren Demokraten dazu, jetzt auf diejenigen zu schelten, die für Annexionen im Osten gewesen seien.

Das Vorstandsmitglied der demokratischen Partei, der frühere Vizekanzler v. Payer, hat noch 14 Tage vor dem militärischen Zusammenbruch im Hauptausschuß gesagt, er halte inbezug auf den Frieden von Brest-Litowsk an dem alten, guten deutschen Sprichwort fest: Halte, was du hast. Er denke garnicht daran, unsere Eroberungen im Osten wieder herzugeben. Ja, wenn wir uns geirrt haben über das militärisch Erreichbare, dann sei man doch so ehrlich, zuzugestehen, in wie weitgehendem Maße wir uns alle geirrt haben. Man beruft sich darauf, man habe schon im Juli 1917 eingesehen, daß die Dinge so keinen guten Ausgang nähmen. Aber Herr Müller-Meiningen, der ja auch zur demokratischen Partei gehört, hat jetzt, im Jahre 1918 eine Broschüre herausgegeben, in der er beweisen will, daß die Erklärung vom 19. Juli Annexionen und Kriegsentschädigungen garnicht ausschließe. Er hat seine Freunde dagegen verwahrt, daß sie darauf verzichten wollten. Es ist doch auch noch nicht allzu lange geschichtlich her, daß Herr Scheidemann zu mir kam im Reichstag und sagte: Herr Stresemann, wenn Sie noch einmal behaupten, ich hätte den Satz ausgesprochen, jeder trage seine eigenen Lasten, dann werde ich handgreiflich. Diesen Unsinn habe ich niemals gesagt. Eine sozialdemokratische Versammlung hat nach einem Referat von mir eine Erklärung in diesem Sinne gefaßt, sie aber mir vorher nicht einmal vorgelegt. Also auch Herr Scheidemann nahm damals den Standpunkt ein, den unter den damaligen Verhältnissen der gesunde Menschenverstand forderte, vertrat auch den Gedanken, daß ein Sieg von uns genutzt werden müsse für Ausdehnung des deutschen Einflusses, der deutschen Macht und Größe, so, wie noch jedes Volk in der Weltgeschichte nach einem Siege, der mit solchen Opfern erkauft werden mußte, seinen Vorteil ausgenutzt hat, und wie es heute unsere Feinde tun in einem Maße, das uns nie in den Sinn gekommen wäre. In diesem Gedanken sind auch einig gewesen alle unsere wirtschaftlichen Organisationen. Man stellt es jetzt vielfach gern so hin, als sei es besonders sündhaft gewesen, den Gedanken an eine Ausdehnung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses nach außen hin zu vertreten. Aber unsere wirtschaftlichen Verbände hatten si chdoch selbst darüber verständigt, was erreicht werden sollte, und zu diesen Verbänden gehörte auch der Deutsche Bauernbund mit Dr. Böhme und Wachhorst de Wente, der alle diese Forderungen nach Ausdehnung der wirtschaftlichen Macht Deutschlands genau so vertreten hat, wie der Zentralverband Deutscher Industrieller. Angriffe gegen uns, die wir uns geirrt haben sollen, können also nur berechtigt sein von denjenigen, die einen anderen Standpunkt stets eingenommen haben, nicht aber sind zu Vorwürfen berechtigt diejenigen, die unseren Standpunkt bis zum letzten Augenblick mit uns zusammen vertreten haben. (Sehr richtig.)

Nun lassen Sie mich zu dem kommen, was man den Zusammenbruch des alten Systems nennt. Das alte System in Deutschland ist praktisch zusammengebrochen durch die Revolution, aber wir müssen doch die Tatsache untersuchen, was daran mit Recht zusammengebrochen ist. Wir in der Nationalliberalen Partei waren nicht blinde Anhänger dieses alten Systems. Ich darf aus der Geschichte unserer Partei daran erinnern, daß die ersten Interpellationen über das persönliche Regiment des Kaisers von dem mir unvergeßlichen Führer und Freunde Ernst Bassermann ausgingen. Er hat damals, zur Zeit des Fürsten Bülow, schon den Finger auf die Wunde gelegt und erklärt, es ginge nicht mehr an, daß der Kaiser persönliche Politik treibe, es sei nötig, daß der Kaiser sich im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Kompetenzen hielte. Ich erinnere daran, in welcher Weise Bassermann unsere Engherzigkeit in der Auswahl unserer diplomatischen Vertreter geißelte, und ich darf daran erinnern, wie oft ich selbst demselben Gedanken von der Tribüne des Reichstags aus Ausdruck gegeben habe. Mir steht heute noch vor Augen jener Disput lange vor dem Kriege, den ich mit Herrn v. Schön hatte, als ich ihm nachwies, in welcher Weise die Verachtung des bürgerlichen Elements in unserer Diplomatie und in der Regierung Platz griffe. Ich habe nachgewiesen, daß wir daran unter einem Erbübel litten, daß wir die Fähigkeiten zu gering und die gesellschaftliche Repräsentierungsfähigkeit zu hoch einschätzten, daß wir unter allen unsern Gesandten nur drei bürgerliche hätten und daß diese drei bürgerlichen Gesandten sich auf Plätzen befänden, von denen man glauben mochte, daß es dort nichts zu repräsentieren gäbe. Der eine dieser Gesandten saß in Lima, der andere in Asuncion, der dritte in Addis Abeba. (Heiterkeit.) Damals habe ich neben diesen Dingen, die ja mehr ins Humoristische schillern, immer wieder darauf hingewiesen, daß man in der Auswahl unserer Diplomaten nicht dem Zuge der Zeit folge, daß sie in Kreisen verkehrten, die keinen politischen Einfluß hätten, daß sie nicht wüßten, welche Macht jetzt in der öffentlichen Meinung die Presse bedeute, und daß sie sich vollkommen fern hielten vom Verkehr mit maßgebenden Politikern und Parlamentariern, während das entgegengesetzte Verfahren unseren Feinden fortgesetzt große Erfolge brach-

ken. Ich habe noch während des Krieges mich mit darum bemüht, einen Botschafter von seinem Posten zu entfernen, nachdem ich im Auslande gesehen, wie er die Vertretung der deutschen Interessen auffaßte. Vor dem bulgarischen und österreichischen Zusammenbruch habe ich die Regierung beschworen, einen Wechsel in Wien eintreten zu lassen, nachdem ich das Telegramm kennen gelernt hatte, in dem unser Vertreter in Wien die Höhe seiner Auffassung dokumentierte, indem er meldete: Wir nehmen an, daß Bulgarien zur Entente gehen wird. Man legt dieser Tatsache aber keine entscheidende Bedeutung bei. (Gelächter.) Wir hatten damals alle die Empfindung: finis germaniae. Damals tauchte vor uns die Erkenntnis auf, daß dieser Krieg diplomatisch verloren war, ehe wir ihn überhaupt militärisch begonnen hatten. Die Ueberspannung des Prinzips des Gesellschaftlichen haben wir andererseits ebenso beobachten können in unserem Heere, im Offizierkorps unter einander und im Verhältnis des Offizierkorps gegenüber den Mannschaften. Militärs, die man in Potsdam nicht mehr sehen wollte, wurden, gewissermaßen zur Strafe, nach der Ostmark oder nach der Westmark geschickt, während doch, nach der Leistung gemessen, ein Posten an der russischen oder französischen Grenze mindestens so wichtig war, als in Berlin. Wir haben für das Verhältnis zwischen Mannschaften und Offizierkorps nichts davon gelernt gehabt, was einst einer der größten Schlachtenmeister und einer der größten politischen Genies aller Zeiten, Napoleon I., der in unserer Geschichtsauffassung vielfach sehr falsch dargestellt wird, genau so, wie die englische Legende deutsche Gestalten der Gegenwart durch die Northcliffe-Brille sieht, befolgt hat. Napoleon hat seine weltgeschichtlichen Erfolge dadurch erzielt, daß er den Aufstieg der Tüchtigen ohne jede Rücksicht auf gesellschaftliche Traditionen möglich machte. Frühzeitiger als durch andere bürgerliche Parteien ist der Gedanke, daß dem Parlament als der Vertretung des Volkes eine größere Bedeutung gegeben werden müsse, als sie bis dahin in Deutschland üblich war, durch die Nationalliberale Partei zur Geltung gebracht worden. Ich habe im Februar 1917 eine Rede für die Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland gehalten und bin Gegenstand heftigster Anfeindungen wegen meiner demokratischen Gesinnung gewesen. Ich habe auch auf die Gestalt Lloyd Georges hingewiesen der aus dem Volke emporgestiegen war als der gewaltigste Organisator des Weltkrieges, vor dem unser altes System der Munitionserzeugung scheiterte, nachdem England seine Herstellung von Munition in der Zeit versiebzehnfachte, in der Falkenhayn die unsrige verminderte. Das geschah in einer Zeit, als es uns bei unseren kolossalen Hilfsmitteln nach eigenem Urteil englischer Parlamentarier möglich gewesen wäre, die englischen und französischen Streitkräfte niederzukartätschen. Wir taten in der Munitionserzeugung nichts, den von England gewonnenen Vorsprung einzuholen, bis Hindenburg und Ludendorff das Hilfsdienstgesetz schufen. Immer dringender forderten wir, dem Parlament eine andere Stellung zu geben, auch Parlamentarier als Minister zu berufen. Wir haben damals dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg gesagt: Bringen Sie uns das gleiche Wahlrecht in Preußen, jetzt wird es Ihnen und dem Könige noch gedankt. Lassen Sie sich nicht solange drängen, bis Ihnen die Initiative aus der Hand genommen wird. Denn es kann auch eine Zeit kommen, in der es Ihnen niemand mehr danken wird, sondern in der es sich das Volk selber nimmt. Ich darf wohl für mich in Anspruch nehmen, daß ich mich, während ich mich zum nationalen Gedanken bekannte und zum Glauben an den deutschen Sieg, dessen ich mich niemals schämen werde, auch jederzeit für die Erweiterung der Volksrechte eingesetzt und früher die Zeichen der Zeit erkannt habe, als andere, die mich lange Zeit nur ziemlich lau unterstützt hatten.

Man hat davon gesprochen, daß die Oberste Heeresleitung sich der Auflösung des Abgeordnetenhauses im Zusammenhang mit der Wahlrechtsfrage widersetzt hätte, weil sie Angst gehabt hätte, der Geist der Truppen könne unter den inneren Kämpfen leiden. Ich habe darauf am 29. April 1918 an Ludendorff geschrieben und habe ihm in dringendster Weise erklärt, daß das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung erschüttert werden könnte, wenn Hindenburg und Ludendorff Gegner des gleichen Wahlrechts wären, und daß damit gerechnet werden müsse, daß dann auch die, die ihnen bisher treu gefolgt waren, in anderen Dingen ihnen völlig die Gefolgschaft versagen könnten.

In einem Hamburger Blatte las ich, ich sei ja nur der Schatten Ludendorffs gewesen und habe mich meines eigenen Urteils begeben, um auf den Meister zu schwöre.n Nun, in strategischen Dingen habe ich mir niemals ein Urteil angemaßt, aber da, wo ich glaubte, in der Politik, mein selbständiges Urteil zur Geltung bringen zu müssen, bin ich meinem auf anderem Gebiet verehrtem Führer aufs aller entschiedenste entgegengetreten und habe von ihm verlangt, daß er es vermeide, sich einer Auflösung des Abgeordnetenhauses zu widersetzen. Die Wahlrechtsfeindlichkeit der Obersten Heeresleitung ist Legende.

An Einzelheiten des alten Systems sei Fehlerhaftes nicht beschönigt, die Ueberheblichkeit gewisser leitender Stellen, die Vielregiererei, die in Tausenden von Vorschriften sich breit machte, wirtschaftliches Leben unterband und überall

einen bürokratisch hemmenden Einfluß zeitigte. Ein furchtbares Verhängnis ist es gewesen, daß man z. B. seitens des Reichsmarineamts den U - Bootbau vorschrieb, statt es der Industrie zu überlassen, wie viele U - Boote sie bauen könnte. Als dann der neue Staatssekretär Ritter von Mann den umgekehrten Weg ging, da ergab sich die für uns erschreckende Tatsache, daß wir doppelt so viel U-Boote hätten herstellen können, als es geschehen ist, wenn wir der Industrie freie Betätigung gelassen hätten, die U-Boote so zu bauen, wie sie es in der Zusammenfassung ihrer Kraft von vornherein erstrebt hatte. Aus dieser Tatsache ergeben sich schwere Anklagen.

Wenn das alte System somit tatsächlich vieles enthielt, was wir als überlebt erkannt haben so kann ich andererseits aber doch nicht anerkennen, daß nun alles faul und morsch und niederbruchsreif in Preußen und Deutschland gewesen wäre, und ich kann das namentlich nicht anerkennen, wenn ich die gegenwärtige Lage unseres Vaterlandes mit der der Vergangenheit vergleiche (Sehr richtig.). In Berlin hat ein Mitbegründer der Demokratischen Partei gesagt: Wir alle haben doch ein Gefühl der Befreiung gehabt, nachdem am 9. November das alte System zusammengebrochen ist. Ich muß gestehen, daß mir ein solches Gefühl der Befreiung angesichts dessen, was inzwischen geschehen ist, niemals kam und auch nicht kommen dürfte. Ich habe die Empfindung, daß gegenüber der gegenwärtigen Lage unseres Vaterlandes das Wort allein die Verhältnisse schlagend kennzeichnet, das einst einer der Jünger Christi sagte: Herr hilf uns, wir versinken. Eins ist uns doch inzwischen wohl auch klar geworden, nämlich, daß Niedereißen leichter ist, als der Wiederaufbau. (Sehr richtig.) Man hat uns gesagt: Jetzt kommt das Zeitalter der Demokratie, jetzt wird das revolutionäre Volk seine Geschicke selbst in die Hand nehmen. Ja, Tatsache ist aber, daß es keine Zeit der Autokratie gegeben hat, in der das deutsche Volk so wenig Anteil an der Gestaltung seiner Geschicke und so wenig ein Mitbestimmungsrecht gehabt hat, wie gegenwärtig das deutsche Volk gegenüber der Art, in der es jetzt regiert wird. Was gegenwärtig geschieht, ist die krasseste Autokratie, die es jemals in einem Reiche gegeben hat. (Sehr richtig.) Wir werden die Regierung unterstützen in ihrem Bestreben, Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, aber auch nur unter der Voraussetzung, daß sie wirklich diese Sicherheit bietet. Und hier stocke ich schon. Ich gehöre ja zu den deshalb nicht beneidenswerten Leuten, die in der Reichshauptstadt wohnen. Glauben Sie, daß es nicht ein außerordentlich niederdrückendes Gefühl ist, diese Zuchtlosigkeit mit ansehen zu müssen, die jetzt die Hauptstadt unseres deutschen Vaterlandes beherrscht. Wenn sich Studenten zusammen tun, um eine Studentenwehr zum Schutze der Regierung zu bilden, dann werden sie verhaftet. Aber Herr Liebknecht fährt mit Panzerautomobilen und Maschinengewehren in der Stadt umher, verhaut Wachen usw. und niemand tut etwas gegen ihn. Scheidemann sagte vor wenigen Tagen, er halte Liebknecht für einen verrückten Menschen. (Sehr richtig.) Wenn das der Fall ist, dann befreie man die Menschheit von diesem verrückten Menschen. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Dann lasse man diesem verrückten Menschen nicht die Möglichkeit, unser ganzes deutsches Volk in den Abgrund zu führen. (Zuruf: An den nächsten Laternenpfahl mit ihm.) Ich bin ganz damit einverstanden mit der Kritik, die Scheidemann neulich in die Worte gekleidet, er sehe sich diese Verhältnisse nicht acht Tage lang mehr mit an, und der erklärt hat, es ginge nicht an, Lausejungen mit Maschinengewehren in den Straßen herumlaufen und ruhige Bürger bedrohen zu lassen. Aber ich vermisse, daß man die Folgerung aus dieser Kritik tatsächlich zieht. Wohin kommen wir, wenn Berlin sich anmaßt, das Reich zu sein. Was bedeutet denn das, wenn gestern und vorgestern in dem Arbeiter- und Soldatenrat von Deutschland Delegierte von Berliner Regimentern ihrerseits verlangen, daß ihre Forderungen bewilligt werden. Ebenso wie Berlin können doch auch Hamburg und Hannover auftreten. Berlin ist doch nicht Deutschland.

Und dann etwas anderes: Es geht auch nicht an, daß die Regierung der Arbeiter- und Soldaten erklärt, sie sei die Vertretung des deutschen Volkes. (Sehr richtig.) Das deutsche Volk besteht aus allen Ständen, und Volksbeauftragter darf nur der sich nennen, der vom ganzen Volke dazu beauftragt ist. (Stürmischer Beifall.) Deshalb hätte es der Regierung wohl angestanden, den Reichstag einzuberufen, der ihr keine Schwierigkeiten gemacht hätte, sondern der nur eines wollte, die Regierung zu legalisieren, einen

Beschluß zu fassen: Wir deutsche Volksvertretung, die auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt gewählt ist, bestätigen, daß wir einverstanden sind mit der gegenwärtigen Regierung, wir schreiben die Nationalversammlung zum nächstmöglichsten Termine aus und setzen die Bedingungen fest, unter denen gewähl werden soll.

Es ist doch unlogisch, daß die Regierung den Reistâtag nicht aufzulösen wagt und gleichzeitig erklärt, er sei durch die Revolution erledigt. Ich finde mich in dieser Logik nicht zurecht. Vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus würde man alles verstanden haben, wenn die vorläufige Regerung sich nur als provisorisch bestehend erklärt hätte, so, daß Ruhe und Ordnung gewährleistet werde, bis die gesetzgebende Körperschaft tagen würde. Statt dessen sehen wir nicht nur auf politischem, auch auf wirtschaftlichen und kulturellem Gebiet eine Gesetzgebung, die in die tiefsten Grundlagen unseres ganzen wirtschaftlichen und geistlichen Lebens eingreift. Ja, hat sich denn jemals der Kaiser angemaßt, in der Weise zu regieren, hat es denn jemals einen Autokraten gegeben, der es gewagt hätte, seinem Volke eine Gesetzgebung aufzuerlegen, ohne irgend eine Instanz des Volkes nur zu fragen? Was wir erleben, ist nicht Demokratie, sondern Auflösung jedes Gedankens einer Demokratie. Die Sozialdemokratie erklärt, sie wolle die Nationalversammlung, aber die Schwierigkeiten seien groß. Da fällt eine Eigenschaft Scheidemann auf, die ich schon immer an ihm beobachtet habe, er blickt bei allem, was er tut, nach links, und fragte sich bei jedem Satz: Was wird Haase dazu sagen? Auf der einen Seite erklärt man, die Nationalversammlung müsse schnell kommen, auf der anderen sagt man, man müsse erst den Arbeiter- und Soldatenrat fragen. Seltsam, bei dem Kirchengesetz hat man niemanden gefragt, den es angehen könnte, ob er damit einverstanden sei. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind überhaupt keine Institution, die irgend berechtigt wäre, gesetzgebende Gewalt ausüben zu können. Sie haben heute schon den Beweis erbracht, daß sie nicht zu regieren imstande sind. Was in diesen fünf Wochen geschehen ist, ist das Bitterste, was in Deutschland nur vorkommen konnte. Wir sind durch den Krieg ein armes Volk geworden. Neben unseren eigenen Kriegsschulden kommen für uns noch die Entschädigungen an unsere Feinde hinzu. Und jetzt in dieser furchtbaren Not wird Nationalvermögen verschleudert in einer Weise, die geradezu empörend ist. (Sehr richtig.) Millionen fließen wieder in die Hände derselben Schiebergesellen, die sich seit Anfang des Krieges am Volke bereichert haben und jetzt von neuem wie die Hyänen des Schlachtfeldes am Niederbruch des deutschen Volkes ihren Vorteil suchen. Stiefel, Pferde, ganze Proviantämter werden verschwindelt. Dazu treibt die Regierung eine Schönfärberei, die mindestens nicht mehr entschuldbar ist, als diejenige, die den früheren Machthabern vorgeworfen wird. Die Zahlung märchenhafter Gehälter und Löhne fällt in dieses Gebiet und schwindelt dem Volke ein Bild von der Zukunft vor, von dem es ein schlimmes Erwachen geben wird. Der neue Staatssekretär des Reichsschatzamts hat doch kürzlich über unsere finanzielle Lage erschreckende Mitteilungen gemacht. Gestern hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", jetzt „Deutsche Allgemeine Zeitung" gesagt, sie bäte, gegen Herrn Schiffer wegen der Anklagen, die seine Darstellung enthielt, Klage einzureichen. Er sei gern bereit, Beweis zu führen. Erinnert sei auch an einen Erlaß Hindenburgs, in dem erklärt wird, daß durch Eingriffe der Lokalräte die Demobilisierung erschwert werde. Viele Truppen, die vier Jahre Krieg hinter sich haben, mußten zu Fuß maschieren, weil über die Eisenbahn anders disponiert worden war, weil man nicht mehr kennt, was früher unser Stolz war, die Zentralgewalt, die Unterordnung unter einen Willen. Seien wir uns doch darüber klar: Freiheit ist nicht Zügellosigkeit. Die Befehlsgewalt aufheben, ist sehr leicht, aber was damit erreicht wird, kann nur die Auflösung sein. Das sehen wir schaudernd an Beispielen ohne Zahl. Jetzt haben wir keine Zentralgewalt mehr. Wir sind soweit gekommen, daß die unabhängige Republik Neukölln bei Berlin erklärt, sie nehme von der Regierung keinerlei Befehle entgegen. Anstelle der Befehlsgewalt ist die freiwillige Unterordnung der Soldaten getreten, die, wenn sie wirklich erreicht werden könnte, die höchste Entwicklungsstufe der Menschheit darstellen würde. Immer aber, so lange wir Menschen Menschen sind, wird das praktische Leben von dem erstrebenswerten Ideal weit entfernt bleiben.

Ueber wirtschaftliche Dinge maßen sich jetzt Leute zu entscheiden an, die dafür nicht das geringste Verständnis haben. Man muß doch den Mut haben, hier gegen den Strom zu schwimmen und vor allem einmal zu sagen, daß Arbeit notwendig ist zum Wiederaufbau und daß es eine Unmöglichkeit ist, in einer Zeit, in der wir keine Transportmittel haben, demokratische Streiks auszuführen. Wie weit der Geist der Zuchtlosigkeit alles Maß übersteigt, zeigt die Drohung aus Rheinland-Westfalen, die Schächte zu zerstören, falls den gestellten Forderungen nicht nachgegeben wird.

Greift dieser Geist der Auflösung weiter um sich, so wird es uns gehen, wie es Rußland gegangen ist, dessen bolschewistischer Führer, Lenin, nach einem Jahre der Herrschaft des Ar-

beiter- und Soldatenrates neulich sentimental gesagt hat: Wir sind ja längst tot. Es kommt nur niemand, uns zu begraben. Das ist heute Rußland, ein völlig lebloser Körper, in denen die Städte Hungersnot leiden, Provinzen sich loslösen, die Bauern mit Maschinengewehren ihr Getreide verteidigen. Zuchtlosigkeit statt Gesetzmäßigkeit und Ordnung, das ist das Ergebnis, wird es auch sein bei uns, wenn wir nicht verstehen, die Gesetzmäßigkeit wieder herzustellen, und deshalb erheben wir aus diesem Wirrwarr unser Recht auf die Nationalversammlung gegenüber den Instanzen, die durchaus nicht das Recht haben, dem deutschen Volke Vorschriften zu machen. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Nun über wirtschaftliche Fragen ein Wort. Ich bin der Meinung, höher als ein Mandat stehen Wahrhaftigkeit und Charakter, deshalb will ich Ihnen meine Meinung offen sagen, ganz gleich, wenn sie auch unpopulär ist. Ich würde mich freuen, wenn der Achtstundentag durchgeführt werden könnte. Ich sage aber ebenso offen, daß das ganz unmöglich ist, wenn es uns bei den Friedensverhandlungen nicht gelingt, den Achtstundentag auch für andere Nationen festzusetzen. Wenn in den andern Ländern längere Arbeitszeit besteht, verlieren wir sonst unsere Konkurrenzfähigkeit. Den Achtstundentag allein durchzuführen, würde unseren vollkommenen Ruin besiegeln, wir würden wieder das Land der Auswandeerr werden, Millionen deutscher Auswanderer würden in anderen Ländern Unterkommen suchen, vorausgesetzt, daß diesen daran läge, sie aufzunehmen.

Die Frage der Trennung von Kirche und Staat hat keine parteische Regierung das Recht, allein von ihrem Standpunkt aus zu regeln. Wir Liberalen haben uns stets dagegen gewehrt, daß irgend jemandem ein Staatsamt verweigert würde, weil er nicht zur christlichen Kirche gehört. An dieser Freiheit des einzelnen, daß die Stellung zur Religion eine höchst persönliche Angelegenheit ist, wollen wir auch ferner festhalten. (Sehr richtig.) Aber wenn ein Land, in dem 95 Prozent der Bevölkerung Christen sind, eine Zusammensetzung seiner Ministerien hat, wir wir, so entspricht das nun auch nicht der Zusammensetzung der Bevölkerung. Heute ist es so, daß die Zugehörigkeit zum christlichen Glauben anscheinend ein Hindernis ist, in Preußen oder Deutschland Minister zu werden. Wenn ich mir das Bild vor Augen führe, das Adolf Hoffmann in Preußen bietet, dann weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll. (Sehr richtig.) Ein Mann, dem es nicht gegeben war, richtig deutsch sprechen zu lernen, der wird an die Spitze des deutschen Bildungswesens gestellt. Ein Harnack, ein Wilamowitz — Möllendorf, unsere Hochschullehrer, unsere Kirchen und Schulen, unsere hochstehenden Volksschulen, sollen ihre Direktiven von einem solchen Manne empfangen. Wir haben unsere politische Macht verloren, wir verloren unser militärisches Ansehen, unsere wirtschaftliche Kraft, aber eins müssen wir uns erhalten: Deutschland als geistige Potenz im Völkerleben. Mit Adolf Hoffmann an der Spitze des preußischen Kultus ministeriums wird auch die noch in den Dreck getreten. (Stürmischer Beifall.) Wenn jetzt das Ausland kommt und uns als das verächtlichste Volk der Welt hinstellt, dann wird es uns ja selber schwer, dagegen zu protestieren. Mit Hohn erfüllt es die Welt, einen Adolf Hoffmann als Machthaber über die geistige Entwickelung des Volkes der Dichter und Denker bestimmen zu sehen. Das hätte die Sozialdemokratie verhindern müssen, daran hätte sie ihre Nachgiebigkeit gegenüber der äußersten Linken scheitern lassen müssen. Konrad Haenisch, der zweite Kultusminister, hat erst jetzt erfahren, daß man in den Schulen der Reichshauptstadt die Weihnachtsfeiern verboten hat. Weil Adolf Hoffmann die Weihnachtsfeier als ein christliches Fest ansieht, mit dem das gegenwärtige Deutschland nichts mehr zu tun hat. Das hat uns gerade noch gefehlt, daß auch der Tannenbaum als reaktionäres Zeichen der Gegenrevolution bezeichnet wird. Will man nun auch das deutsche Gemüt noch zerschlagen und das Beste aus der Seele der heranwachsenden Jugend, der Kinder reißen? Das geht uns denn doch zu weit, daß wir das preislos hingeben sollen, daß wir es uns gefallen lassen sollen, uns von Leuten, die selbst nicht Christen sind, vorschreiben zu lassen, in welche Weise wir unser Christfest zu feiern haben. (Lebhafte Bewegung.)

Es erregt unser Kopfschütteln, wenn wir sehen, in welcher Weise man die Jugend nun zur Selbständigkeit erziehen will. Ich denke daran, wie man es jetzt von der Entscheidung des Einzelnen abhängig machen will, ob noch Religionsunterricht in der Schule erteilt werden soll. Meine ganz veraltete Anschauung, daß vor allem die Eltern darin zu entscheiden haben (Sehr richtig) ist völlig falsch. Denn mein nun 14 Jahre alter Sohn hat mir mtigeteilt, daß

die Schüler jetzt darüber bestimmen, ob sie noch Religionsunterricht haben wollen, oder nicht. Nicht Vater und Mutter, S. M. das Kind, entscheidet höchst selbst über die Grundlagen seiner geistigen Erziehung. Man will Schülerräte bilden. Ich wundere mich nicht, wenn man demnächst Kinderräte bildet. (Heiterkeit.)

In der Frage der Stellung der Kirche gegenüber dem Staat ist nicht das Finanzielle das Entscheidende, sondern das Entscheidende ist, ob die sittliche Erziehung unseres Volkes weiter aufgebaut werden soll auf den sittlichen Lehren, die in unserer Religion enthalten sind, ob diese religiöse Erziehung ein Bestandteil dre Gesamterziehung des Menschen sein soll. Ich habe immer empfunden, daß diese religiöse Erziehung mindestens keinem Menschen geschadet hat. Ich sehe auch hier nur ein Zerstören, kein Aufbauen. Wir wollen den Religionsunterricht in den Schulen. Entscheidungen, die Herr Adolf Hoffmann darüber fällt, sind, wie ich jetzt ganz allgemein bemerken möchte, genau so wie alle Gesetze der gegenwärtigen Regierung vor dem tatsächlichen Willen des deutschen Volkes, der nur auf der Nationalversammlung zum Ausdruck kommen kann, Null und Nichtig, weil sie nicht auf Recht, sondern auf Gewalt beruhen. (Beifall.)

Unverständlich ist es uns, wie man vom Standpunkte republikanischer Gesinnung die deutschen Farben verwarf. Ich habe es als eine der tiefsten Demütigungen empfunden, die dem deutschen Volke angetan werden konnte, daß man die deutschen Farben nicht mehr anerkennen wollte. Das ist ein Zeichen unserer mangelhaften politischen Erziehung. (Sehr richtig.) Mir sagte ein Amerikaner, daß man auch in Zeiten, in denen etwa einmal der Bolschewismus in Amerika zur Herrschaft käme, doch jeden zerreißen würde, der das Sternen- und Streifenbanner antasten sollte. Die schwarz-weiß-rote Fahne war noch niemals eine Parteifahne, sondern die Fahne unseres deutschen Vaterlandes, unter der wir gegen eine ganze Welt gekämpft haben. Daß man eine Freiheits-Bewegung damit begann, die deutsche Fahne in den Staub zu ziehen, ist eine besondere Schmach, ist eine Befleckung der Revolution, durch die wir uns im Auslande im höchsten Maße verächtlich gemacht haben. (Stürmische Zustimmung.) Niemals wird man ein Volk achten, das vor dem Symbol seiner Einheit selber keine Achtung hat.

Wenn noch irgend ein Bataillon da ist, bei dem man gegenrevolutionäre Stimmungen wittert, dann fordert man seine Entwaffnung. Liebknecht braucht nicht entwaffnet zu werden.

Die Schwächlichkeit, die unsere Regierung zeigt, hat auch schon dazu geführt, daß wir vor der Gefahr stehen, noch mehr Land zu verlieren, als wir voraussichtlich schon verloren haben. Wir werden damit rechnen müssen, daß wir Elsaß-Lothringen verlieren, daß auf dem alten Straßburger Münster die Trikolore weht, und daß damit alles das verloren ist, was sich in unserer Seele mit dem Namen Straßburg verknüpft. Im Osten stehen wir jetzt vor der Frage, ob die Polen in Oberschlesien einmarschieren, ob die Provinz Polen, auf der unsere Ernährung zum Teil mitberuht, in die Hände Polens kommen soll. Inzwischen sehen wir im Osten Deutsche im Verzweiflungskampf, um beim Vaterlande zu bleiben, bei dem sie keine Unterstützung finden. Staatssekretär v. Gerlach erklärte in Berlin, man müsse verstehen, daß die Polen jetzt glaubten, die Zeit ihrer Unabhängigkeit sei gekommen. Man müsse auch die Seele der Polen zu verstehen suchen. Ich bin der Meinung gewesen, daß wir das polnische Seelenleben und polnische Aspirationen ruhig den Polen überlassen können, daß aber deutsche Minister in erster Linie die Seele des deutschen Volkes kennen sollten.

Unsere Regierung prägte das Wort, daß sie sich nicht auf Gewalt stützen wolle. Ja ist es denn etwas anderes, als Gewalt, wenn polnische Legionäre gegen unsere Ostmark ziehen. Lassen wir doch dieses elende Wort. Der ganze Weltkrieg hat doch bewiesen, daß allein die Macht es ist, die sich durchsetzt, mit der Kraft, die wir noch aufzubringen vermögen, müssen wir zu retten versuchen, was noch zu retten ist.

Das Kaisertum besteht nicht mehr, die Dynastien sind vielfach ruhmlos gegangen. Der Kaiser ist ins Ausland geflüchtet, allerdings, wenn die Berichte richtig sind, die unwidersprochen in der „Tägl. Rundschau“ veröffentlicht wurden, durch seine Umgebung gegen seinen Willen dazu gedrängt. Damit fällt wenigstens von seiner Person der Makel der Flucht. Die Person des Kaisers ist umstritten in der Geschichte. Ich habe sie oft kritisiert in der Zeit der Kaisermacht, habe sie kritisiert gegenüber seinen nächsten Verwandten. Noch acht Wochen vor der Revolution wünschte man mich zu ihm zu schicken, um ihm einmal zu sagen, was ich gegenüber seinen nächsten Verwandten gesagt hatte. Es kam nicht mehr dazu. Ich habe die Kritik oft geübt, möchte jetzt aber auch der Meinung sein, daß wir objektiv Licht und Schatten verteilen können. Der Kaiser hat persönliche Politik getrieben. Gewiß, er war ja in Hintzpeterschem Sinne erzogen. Die Depesche an Ohm Krüger hat vielleicht

auch beigetragen zur deutsch-englischen Spannung. Manches unbedachte Wort hat die Empfindung hervorgerufen, als sei der Kaiser ein Gewaltherrscher, während er in Wirklichkeit der denkbar friedliebenste Mann war. Wenn dem Kaiser irgend eine Schuld beigemessen werden müßte, so fiele sie vor ihm noch auf seine Umgebung, die ihn mit byzantinischer Umschmeichelung in seiner Selbstherrlichkeit bestärkte. In seiner Umgebung befand sich kein Mann wie Bismarck, der seine Aufgaben als erster Beamter des Reiches über Fürstendienst stellte, der dem alten Kaiser einmal antwortete: Die Macht meines Kaisers endet am Salon meiner Frau. Wären andere so gegangen, wie er gegangen war, in dem Augenblick, als der Kaiser falsche Wege ging, vielleicht wäre vieles anders gekommen. Aber vergessen wir auch das eine nicht: sein Streben war rein und edel. Wie ist der Kaiser angegriffen worden, als er Helgoland erwarb. Jetzt läge Hamburg längst in Schutt und Trümmern, wenn wir es nicht besessen hätten. Der Kaiser war es, der das Sozialistengesetz aufhob und sagte: Ich will Frieden mit meinem Volke. Er war es, der zu Anfang des Krieges das Wort sprach: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.

Wenn wir Abschied nehmen mußten von dem alten Deutschland, so stehe ich doch auf dem Standpunkt, daß wir es trotz aller seiner Fehler in liebevoller Erinnerung bewahren werden, daß wir immer dankbar anerkennen werden, was das Deutschland der Hohenzollern uns war, eine liebevolle Erinnerung in grauer Gegenwart, vor einer ungewissen Zukunft. (Beifall.)

Wenn wir nun kommen zu den Fragen des Wiederaufbaus, der hoffentlich einsetzen wird, so fassen wir bei dem Gedanken an die Neugestaltung zunächst ein Zweifaches ins Auge, zuerst die Nationalversammlung in ihrem ersten Teil, in dem sie den Frieden zu genehmigen hat, und dann die Nationalversammlung, die später neue Gesetze schafft. Handelte es sich nur um den ersteren Teil, dann brauchten wir eigentlich überhaupt keine Parteien, denn für die Zeit der nächsten acht Wochen gibt es nur ein Programm, über das sich alle einige sind. Das Programm umfaßt vier Worte: Friede, Brot, Arbeit, Ordnung. Das ist es, was wir zunächst brauchen. Das Hemd sitzt uns näher, als der Rock. Die Entente erkennt unsere Regierung nicht an. Wenn wir den Frieden haben wollen, brauchen wir bald eine neue Regierung, dann brauchen wir die Aufhebung der Blockade, die Vereinbarung über die Rohstoffe.

Für die Parteitätigkeit der Zukunft werden Sie von mir nicht erwarten können, daß ich das ganze Programm unserer Volkspartei darlege. An der Reichseinheit müssen wir festhalten. Leider machen sich unter der Lodderwirtschaft, die gegenwärtig herrscht, verstärkte Bestrebungen zur Lostrennung vom Reiche geltend. Kein Mensch sieht mehr auf die Zentralgewalt. Man sieht jetzt, wie viel Wahres daran war, daß wir im Kaisertum das Symbol der Einheit erkannten. Das Gefühl des ganzen Deutschtums, das im Kaisertum das Zeichen seiner Einheit sah, können uns Haase und Landsberg nicht ersetzen. Deshalb müssen wir jetzt wieder kämpfen um die Reichseinheit. Zwar ist Berlin nicht Deutschland, aber wir müssen uns auch hüten, uns im Streben, von Berlin los zu kommen, zu zersplittern. Wir wenden uns gegen den Gedanken eines neuen Rheinbundes, etwa unter französischem Protektorat. Wir müssen die Oesterreicher herzlich willkommen heißen. Das Streben zu uns ist dort leider seit dem 9. November längst nicht mehr in dem Maße vorhanden wie vorher. Gelingt es uns aber, die Deutsch-Oesterreicher an uns zu fesseln, dann kommen wir über manches hinweg, was wir nach anderer Richtung hin, verloren haben, dann haben wir den großen Block der 70 Millionen Deutschen inmitten Europas, von dem gilt, was der alte Bismarck gesagt hat: Da liegen wir denn wie ein Klotz inmitten Europas, an dem keiner vorbeigehen kann, den er beachten muß. Erreichen wir das, dann werden wieder andere Zeiten kommen, dann werden andere politische Konstellationen unsere Lage erleichtern. Der Widerstreit der Mächte wird nicht von der Welt verschwinden. Das sehen wir an dem Gerede vom Völkerbund und dem was zur Verwirklichung davon in Aussicht steht. Wilson will ja jetzt, daß Amerika die stärkste Flotte baue, die die Welt jemals gesehen habe.

Deutschland braucht für die weitere Zukunft trotz allem noch nicht den Mut sinken zu lassen. Wenn es in Zukunft nicht wieder von Idioten, von Diplomaten beraten sein wird, dann wird es, wenn es will, auch wieder im Rate der Völker etwas bedeuten.

Vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete werden sich im neuen Deutschland die Geister scheiden. Die Einen, Sozialisten und Salon-Sozialisten, wie Walter Rathenau usw., sehen das neue Deutschland aufgebaut auf einer Zusammenfassung aller großen industriellen Unternehmungen. Sie wollen monopolistische Staatsbetriebe oder Trusts, die über hunderte von Millionen Kapital verfügen. Sie sagen, dann produzieren wir billiger. Die kleinen und mittleren Betriebe

sollen stillgelegt werden, nur die großen, starken sollen bleiben. Etwa: Nietzsche übersetzt ins Wirtschaftliche. Der Weg vom Kapitalismus zum Ueberkapitalismus. Die heutige Regierung hat ja schon ohne Nationalversammlung Sozialisierungs-Kommissionen eingesetzt, die auf diesen glorreichen Weg führen sollen. Daß diese Entwicklung auf Kosten der starken, lebensfähigen Mittelschichten gehen würde, die mit eigenem freiem Willen sich Bahn schaffen im Wirtschaftsleben, das ist mir ganz sicher.

Wir in der *Deutschen Volkspartei* wollen in offenem Gegensatz zu den sozialistischen Anschauungen die mittelständlerischen Kräfte in Stadt und Land, im kleinen Bürgertum, die ein selbständiges Gewerbe betreiben, erhalten und fördern. Wir sind der Meinung, daß noch immer das Volk am besten bestanden hat, dem die Möglichkeit des Aufstiegs des Einzelnen gegeben war. Wenn wir 1871 unsere volkswirtschaftliche Entwicklung nach den Gesichtspunkten einer Z. E. G. gestaltet hätten, dann würden wir nicht unseren großen Aufschwung genommen haben. Hätten wir allerdings vielleicht auch nicht den Neid anderer Völker herausgefordert und nicht den Weltkrieg gehabt. Mit der Sozialisierung besorgen wir nach meiner volkswirtschaftlichen Ueberzeugung die Geschäfte unserer Feinde. Wir sind auch nicht ohne Verständnis in Arbeiterkreisen. Hervorragende deutsche Gewerkschaftsführer und hervorragende Führer der Privatangestellten stehen auf unserem Standpunkt.

Inwieweit die demokratische Partei sich nach dem einmal eingeschlagenen Wege unter dem übermächtigen Einfluß der Sozialdemokratie eine eigene Haltung bewahren wird, muß man abwarten. In einem scheiden wir uns deutlich von einander. *Wir* bekennen uns offen *als bürgerliche Partei* und *als grundsätzliche Gegner der Sozialdemokratie.* Wir sind der Meinung, daß wir alle Kräfte zusammenfassen müssen, um keine sozialistische Mehrheit über Deutschlands Geschicke verfügen zu lassen. Wir halten an unseren bürgerlichen Idealen unbedingt fest, in nationaler Hinsicht sowohl, wie in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Darin unterscheiden wir uns grundsätzlich von der demokratischen Partei, deren Hauptführer, Professor *Weber*, es sich verbat, daß seine demokratische Partei eine bürgerliche Partei genannt werde. Der Führer der Demokraten in Hannover sagte: Wir sind nicht der linke Flügel des Bürgertums, sondern der rechte Flügel der Sozialdemokratie bezw. des Sozialismus.

Wir sind der Meinung, das Schicksal der deutschen Zukunft hängt davon ab, ob Deutschland jetzt eine sozialistische Regierung bekommen wird oder eine solche, in der auch die alten bürgerlichen Ideale volle Geltung haben. Da die Sozialdemokratie in dem Nebeneinandergehen mit der demokratischen Partei die bei weitem stärkere ist, so dürfte die demokratische Partei mit der Durchsetzung eigener Gedanken nicht viel Glück haben. Der Sozialismus empfindet international, *wir* haben im Gegensatz dazu die Ueberzeugung, daß das *nationale* Empfinden sich durchsetzen muß, wenn das Deutschtum in der Welt Geltung behalten soll. Wir haben die Empfindung, daß die kulturelle Richtung der „Frankfurter Zeitung" und des „Berliner Tageblatt" ausgesprochen kosmopolitisch ist, von dem Bestreben beseelt ist, möglichst viel von anderen Völkern aufzunehmen. Wir dagegen sind bestrebt nach Kräften unsere Eigenart zu betonen.

Es ist ja auch immer gesagt worden von maßgebender demokratischer Seite: Wir führen keinen Kampf nach links, sondern wir führen einen Kampf nach rechts. Ich glaube, daß von rechts her gar keine Gefahren drohen, stehe aber auf dem Standpunkt, daß wir von einer *sozialistischen Welle* bedroht werden, die aus Deutschland einen Zukunftsstaat machen will, der nach unserer Ueberzeugung jede persönliche Freiheit vollkommen unterdrückt. Wir stellen uns auf einen grundsätzlich gegnerischen Standpunkt und sind im Gegensatz auch zur demokratischen Partei der Ansicht, daß es gerade jetzt Zeit ist, das Nationalbewußtsein zu pflegen.

Wir müssen unser Unglück mit Würde tragen und versuchen, aus diesem Niederbruch wenigstens das *Bewußtsein unseres Deutschtums* in uns zu retten. Wir wollen die Entwicklung unserer kulturellen Eigenarten, wir wollen ein eigenes, unvergängliches Geistesleben. Will das Ausland uns ausschließen vom Kulturleben der anderen Welt, dann mag es, wir haben dabei nicht das Meiste zu verlieren. Man hat uns Bedingungen auferlegt, wie Karthago, politisch machtlos, ohne Ansehen, wirtschaftlich bettelarm stehen wir da. Aber eins kann uns niemand nehmen. Wir können geistig *reich* sein in dem Bewußtsein eines kraftvollen Deutschtums trotz alledem. Wir wollen glauben an Deutschlands Zukunft. Grau und schwarz wird die Zukunft gewiß sein. Unser Leben wird in Zukunft *nur dem Staate* gehören. Wir alle werden *schwer arbeiten* müssen. Unser Leben wird im Wesentlichen darum gehen, daß das deutsche Reich seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Aber der Blick

in die Zukunft darf uns nicht niederdrücken. Wir müssen in einer hohen Geistigkeit einen neuen Inhalt zu gewinnen suchen. Unser Höchstes soll hinfort dem Volk und Staate gelten. In das deutsche Volk sind wir hineingeboren, in ihm liegt für uns das reichste Leben der Welt. Es ist zwar nicht auch das schönste Land der Welt, es ist nicht das Land des blauen Himmels, der über Italien lacht, es ist nicht das Land der Sonne, sondern ein Land, in dem vielfach Nebel und Dunkelheit herrscht. Aber es ist unser Land, das Land unserer Sprache und Kultur, das Land unserer Seele, das Land unserer Väter, das Land unserer Kinder. Dieses unser Volk, dieses unser Land wieder groß und mächtig zu sehen unter den Völkern der Erde, dahin zu streben sei in Zukunft das Lebensziel jedes Deutschen. Das neue Deutschland in neuer Größe werden wir vielleicht nicht mehr erleben, aber die kommenden Geschlechter werden es erleben. Sorgen wir, daß der Weg dahin führt, Deutschland einmal wieder stolz und mächtig in der Welt zu machen, wie es war. Wir müssen hinwegkommen über den Niederbruch. Wir haben jetzt zu säen für eine ferne Zukunft. Ueber Gräbern vorwärts!, wie Goethe sagt. Hinweg in der Zukunft Reich. Stets bewußt sein soll sich unser Volk, für eine neue Zukunft zu arbeiten. Umbraust vom Haß der Welt wollen wir festhalten an dem, was uns von den alten Idealen des vergangenen Deutschlands geblieben ist und es hinüberretten in eine neue Zeit. Wir wollen uns bekennen zum Glauben an Deutschlands neuen Aufstieg. (Minutenlang anhaltender Beifall folgte.)

Druck und Verlag von J. G. Kisling.